

Das Beste aus Thüringen.

thueringer-allgemeine.de

In Kooperation mit Ostthüringer Zeitung und Thüringische Landeszeitung.



Datenschutzbeauftragte macht Überwachungs-Affäre zur Chefsache



Der Thüringer Datenschutzbeauftragte, Lutz Hasse, will die Polizei-Überwachungsaffäre zur Chefsache machen. Foto: Sascha Fromm

Der Thüringer Datenschutzbeauftragte sieht die Affäre um die Sammlung von Politiker- und Journalistendaten durch die Polizei mit Besorgnis. Ich fürchte, dass sich im Laufe der Untersuchungen Rechtsverstöße ergeben werden, sagte Lutz Hasse am Mittwoch in Erfurt.

Erfurt. Der Thüringer Datenschutzbeauftragte Lutz Hasse wird nächsten Dienstag bei der Staatsanwaltschaft Meinigen strittige Ermittlungsakten einsehen. Die Ankläger und die Beamten der Kriminalpolizei Suhl sind zunehmend in die Kritik geraten, weil sie bei ihren Ermittlungen wegen Geheimnisverrats bei der Polizei womöglich gegen geltende Gesetze verstoßen haben könnten.

Er habe die Angelegenheit zur Chefsache gemacht, sagte am Mittwoch Thüringens Datenschutzbeauftragter Lutz Hasse unserer Zeitung. Es gehe um die Rechte von Politikern, Abgeordneten und Journalisten, betonte er. Ob wirklich Rechtsverstöße vorliegen, könne er noch nicht sagen. Die Hinweise, die er bisher bekommen habe, würden aber eine Prüfung dringend erforderlich machen.

Am Dienstag war bekannt geworden, dass bei den Ermittlungen nicht nur zwei Journalisten ins Visier der Fahnder geraten sind, sondern auch personenbezogene Daten von etwa 50 Politikern und Abgeordneten in die Ermittlungsakte mit aufgenommen wurden. Die Daten sind nach Angaben des Justizministeriums beim Auslesen von Informationen aus einem Handy eines verdächtigen Polizeibeamten gewonnen worden.

Von einem "Ausspionieren" sprach Mittwochabend der Geschäftsführer des Deutschen Journalistenverbandes in Thüringen, Ralf Leifer, und kritisierte das Vorgehen der Ermittler. Am Nachmittag hatte sich auf einer Sondersitzung der Justizausschuss des Landtags mit dem Skandal beschäftigt. Nach Informationen unserer Zeitung, konnte Justizminister Holger Poppenhäger (SPD) die anstehenden Fragen der Abgeordneten aber nicht abschließend beantworten.

Gestern wurde zudem bekannt, dass die Staatsanwaltschaft Meiningen inzwischen gegen die Linke-Abgeordnete Martina Renner "Vorermittlungen wegen übler Nachrede" eingeleitet hat. Ihre Anwältin wollte eigentlich nur wissen, ob die Telefone der Abgeordneten überwacht wurden, sagte sie unserer Zeitung. Die Ankläger hätten die Telefonüberwachung übrigens verneint.

Auf dem Antwortschreiben der Staatsanwaltschaft habe sich dann aber ein Aktenzeichen und der Vermerk zu den Vorermittlungen befunden. Sie habe keine Ahnung, worauf das abziele, so Martina Renner. Inzwischen beantragte ihre Anwältin Akteneinsicht.

Beim Auswerten von Telefondaten hatten die Ermittler auch die Facebook-Kommunikation zwischen der Abgeordneten und dem wegen Geheimnisverrats verdächtigten Polizisten ausgewertet. Daraufhin wollte Martina Renner wissen, ob ihre Telefone überwacht wurden. Bei den Meininger Anklägern war gestern Nachmittag kein Behördensprecher zu erreichen.

Werner Dieste, Direktor des MDR-Landesfunkhauses, äußerte gestern den Verdacht, dass die Ermittlungen vielmehr dazu führen sollten, Polizeibeamten deutlich zu machen, dass Kontakte zu Journalisten zu Konsequenzen führen.

Kai Mudra / 14.11.12 / TA

Z83CBEE570631

